

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: PATRICE KUNTE/CHRISTIAN BEHRENS

„ICH MÖCHTE GESTALTEN – NICHT VERWALTEN.“

Dieter Reinken übernimmt Vorsitz der Bremer SPD

Du bist IG Metall, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Bürgerschaftsfraktion und seit 2013 Vorsitzender des Ortsvereines Findorff. Was sollte man sonst noch über dich wissen?

Ich bin in Rastede geboren, mit 6 Jahren nach Bremen gekommen, hier aufgewachsen und zur Schule gegangen. Ich bin verheiratet und habe zwei inzwischen erwachsene Kinder. Nach Abschluss der Realschule, meiner Berufsausbildung und meiner Bundeswehrzeit habe ich bei „Klößner“, wie die Hütte Bremen damals hieß, angefangen und war danach mehr als 16 Jahre im Betrieb. In dieser Zeit begann ich mich für die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker zu interessieren und zu engagieren. Dies führte mich dann, nach 12 Jahren Betriebsratsarbeit, zur IG Metall – zuerst als Gewerkschafts-

sekretär, dann als 2. Bevollmächtigter und von 2001 bis 2012 schließlich als 1. Bevollmächtigter der IG Metall Bremen. Es waren intensive und spannende 23 Jahre, mit vielen Höhen und Tiefen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bremen und an der Küste. 2010 fragte man mich, ob ich als „Seiteneinsteiger“ für die SPD zur Bürgerschaftswahl 2011 antreten möchte, wozu ich mich dann auch entschlossen habe.

Wie bist du zur SPD gekommen?

Ich bin Anfang 1995 aus einem ganz bestimmten Grund in die SPD eingetreten: Ich bin der Überzeugung, dass Betriebsräte, wie auch Gewerkschaften, verlässliche Bündnispartner in der Politik brauchen. Zu dieser Zeit verließen einige Gewerkschaftler die SPD und unterstützten öffentlich die neugegründeten kon-

servativen AfB (Arbeit für Bremen). Hierbei wurde versucht zu suggerieren, dass die AfB eine Fortsetzung des Kaiserschen Bündnisses zwischen „Arbeiterschaft und Kaufmannschaft“ sei – was sie aber nicht war! Ich hatte viele positive Erfahrungen mit der SPD, insbesondere mit Klaus Wedemeier während der Rettung der Hütte. Von daher wollte ich ein Zeichen setzen und zeigen, dass, wenn es eine Partei gibt, die den Betriebsräten und Gewerkschaften als verlässlicher Bündnispartner zur Seite steht, es die SPD war und ist.

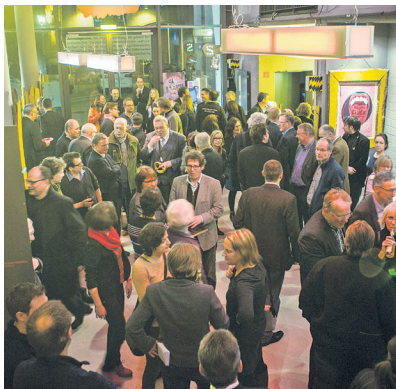
In der Frankfurter Allgemeinen war zu lesen, du seist ein „Parteirechter“ in einem „linksorientierten Landesverband“. Lässt du dich einordnen?

Nein. Ich habe immer Arbeitnehmerinnen- und

Fortsetzung auf Seite 4

TOLLE ERGEBNISSE

Mit 93,3 Prozent Zustimmung wurde Dieter Reinken (Foto oben) am 25. Januar 2014 auf einem außerordentlichen Parteitag der Bremer SPD zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der Findorffer Bürgerschaftsabgeordnete erhielt 166 von 178 abgegebenen Stimmen. Acht Delegierten stimmten gegen ihn, vier enthielten sich der Stimme. Einen Tag später, wurde Joachim Schuster von der Bundesdelegiertenkonferenz in Berlin auf Platz 21 der SPD-Liste zur Europawahl 2014 gewählt. Damit besteht eine gute Chance, dass die Bremer SPD im Sommer wieder mit einem Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten ist.



JAHRESAUFTAKT 2014

Traditionell hat die Bremer SPD am 17. Januar 2014 ihren Jahresauftakt in der Schwankhalle in der Bremer Neustadt begangen. Gastredner war in diesem Jahr der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und Landesvorsitzender der SPD-Niedersachsen Stephan Weil. Im Rahmen der Veranstaltung wurde auch Andreas Bovenschulte verabschiedet, der das Amt des Landesvorsitzenden der Bremer SPD zum 31. Dezember 2013 abgegeben hatte, um für das Bürgermeisteramt der Gemeinde Weyhe zu kandidieren. Eine Fotocollage mit Eindrücken seiner Zeit als Landesvorsitzender ist auf der Internetseite der Landesorganisation Bremen zu finden. Für die passende musikalische Unterhaltung sorgte das interkulturelle Stadtteilorchester „insan...popular“ des Kulturladens Huchting.



Sexistische Werbung: Schluss mit angeblich lustig

Anzügliche Sprüche, Rollenklischees und nackte Haut haben im öffentlichen Raum nichts zu suchen!

Glänzen Sie doch mal mit Ihrer Brille – falls Ihnen tatsächlich mal jemand in die Augen schaut!“ empfiehlt ein Augenoptiker – und hat dazu diesen Spruch auf seinen Werbeplakaten direkt über das Dekolleté einer leichtbekleideten jungen Frau schreiben lassen. Gleiches Thema, anderes Plakat: Abgebildet dieses Mal eine Frau mit Loch im Rock, das den Blick auf ihren Genitalbereich freigibt. Mit diesem Motiv und dem Spruch „Wenn etwas fehlt ...“ lockte ein Bremer Möbelhändler Kunden. Alles nur harmlose Scherze?

Immmer wieder und immer häufiger bedient sich die Werbewirtschaft sexistischer, diskriminierender und frauenfeindlicher Motive, anzüglicher Sprüche oder zweideutiger Witze. „Alles also nur ein Spaß, den man ironisch betrachten sollte? Von wegen: Ob bewusst oder unbewusst: Die durch derartige Werbung vermittelten Botschaften beeinflussen die Selbstwahrnehmung sowie Aussehens-, Verhaltens- und Schönheitsnormen von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen“, betont die SPD-Abgeordnete Ruken Aytas. „Die Tatsache, dass Frauen und Mädchen nach wie vor gegenüber Männern und Jungen benachteiligt sind, hat auch mit den gesellschaftlich verankerten Frauen- und Män-



Ruken Aytas (links) und Sybille Bösch machen sich gegen sexistische Reklame stark.

ner-Bildern zu tun. Und diese Bilder werden eben auch durch sexistische Werbung erzeugt, verankert und verfestigt, wobei insbesondere Frauen regelmäßig als sexuell jederzeit verfügbare Objekte dargestellt werden.“

Dabei gibt es längst klare Regelungen: Sexistische, diskriminierende und frauenfeindliche Werbung ist auch heute schon in Deutschland verboten. Bei Beanstandungen wird daher – wie im Fall des Bremer Möbelhändlers – der deutsche Werberat tätig. Letztlich kann dieses Gremium allerdings nur eine Rüge erteilen und

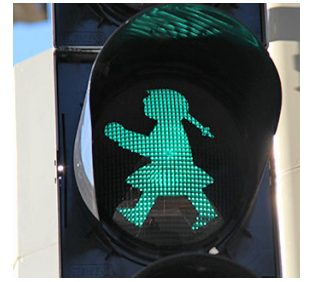
die Entfernung der beanstandeten Werbung verlangen.

Auf Basis eines von der SPD-Fraktion initiierten Bürgerschaftsbeschlusses soll Bremen nun einen Schritt weitergehen: „Uns geht es darum, dass sexistische Werbung gar nicht erst öffentlich wird. Anstatt im Nachhinein etwas zu beanstanden, wollen wir dafür sorgen, dass Darstellungen, die die Grenzen zu sexistischer oder diskriminierender Werbung überschreiten, in öffentlichen oder öffentlich mitfinanzierten Publikationen, auf öffentlichen Flächen und an öffentlichen Gebäuden von vorneherein unterbleiben“, erklärt die gleichstellungspolitische Sprecherin Sybille Bösch, den Hintergrund der SPD-Fraktionsinitiative. Auch bei bestehenden Verträgen, etwa mit den Firmen, die die Plakatwände gepachtet haben, soll dabei auf entsprechende Veränderungen gedrängt werden. „Zudem wollen wir prüfen, ob beispielsweise Institutionen, Verbände oder Vereine, die öffentliche Mittel erhalten, verpflichtet werden können, beispielsweise bei Werbeanzeigen in Vereinszeitschriften oder Broschüren – sexistische Motive auszuschließen.“ (MK) ■

> Antrag: Sexistische Werbung

<http://tinyurl.com/sexistische-reklame>

POLITIK IST KEINE MÄNNERDOMÄNE!



Mentoring-Programm

Die Idee hat sich bewährt: Zum zehnten Mal bietet die SPD-Fraktion interessierten Frauen vom 9. bis zum 26. März die Möglichkeit im Rahmen eines Mentoringprogramms den Parlamentarierinnen der SPD-Bürgerschaftsfraktion über die Schulter zu schauen und sie in ihrem Arbeitsalltag zu begleiten. Das Ziel dabei: „Wir wollen zeigen, dass Politik eben keine Männerdomäne ist, sondern Spaß machen kann und dass sich der Einsatz für die Gesellschaft lohnt“, sagt die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Bösch.

> Nähere Informationen und Anmeldung unter: www.spd-fraktion-bremen.de/termine/mentoring-2014

Fortsetzung von Seite 1

Arbeitnehmerinteressen vertreten. Es gab Zeiten, da wurde dies auch in unserer SPD für „konservativ und bewahrend“ gehalten. Ist dies damit rechts? Ich habe immer auch Veränderungen mitgestaltet, die die Ökonomie erzwingen. Ist das nun links? Grundlage meiner politischen Überzeugung ist, dass ich nicht glaube, dass die politischen Verhältnisse – auch die ökonomischen Strukturen – wie wir sie vorfinden, das Ende der Geschichte sind. Nein, sie sind gestaltbar, allerdings nur über politische oder – im Betrieb – auch betriebliche Mehrheiten. Und daran möchte ich mittun.

Die genannte Zeitung hat dich auch als eine Art „Übergangslösung“ beschrieben, was sagst du dazu?

Ach herrje, wir sind doch natürlicherweise alle Menschen des Übergangs: Jeder steht in einer Tradition, vor ihm waren schon welche da und nach ihm werden andere kommen. Je mehr Lebenserfahrung man sammeln konnte, umso klarer wird einem dies. Ich habe nicht vor in den kommenden Jahren zu verwalten, ich möchte gestalten, die SPD soll als Organisation lebendig sein, insbesondere

für die Bremer SPD will ich mein Teil dazugeben. Da geht es um Inhalte, um die Kampagnenfähigkeit und die Bürgerschaftswahl 2015.

Wo willst du bis zur nächsten Bürgerschaftswahl inhaltlich Schwerpunkte setzen?

Meine inhaltlichen Schwerpunkte ergeben sich ganz natürlich aus meiner Biografie: Gute Arbeit und starke Wirtschaft, Bildung und Soziale Gerechtigkeit sind „meine“ Themen. Es sind gleichzeitig aber auch die Themen, die für den Erfolg oder Nichterfolg der SPD in Bremen und Bremerhaven entscheidend sind. Klar ist aber auch, eine Volkspartei, wie die Bremer SPD, ist immer nur so erfolgreich, wie sie breit im politischen Spektrum aufgestellt ist und Antworten auf Fragen zu den vielfältigen gesellschaftspolitischen Themen hat. Wir können Themen wie „Arbeit“ und „Soziales“ heute nicht mehr nur kommunal oder national denken, wir müssen sie europäisch denken. Wichtig ist auch, dass dies in einem breiten Dialog in der Partei und den Menschen in Bremen und Bremerhaven geschieht. Ich glaube, das Mitglieder-

votum zum Koalitionsvertrag hat den Menschen gezeigt, wer in der SPD Mitglied ist, der kann und soll auch mitbestimmen. Das ist attraktiv, damit dürfen wir nicht aufhören.

Welches sind deiner Meinung nach die größten Herausforderungen für Bremen und Bremerhaven über das Jahr 2020 hinaus?

Wesentlich für die Zukunftsfähigkeit Bremens werden die Ausgestaltung des Länderfinanzausgleiches und der Finanzbeziehungen mit dem Bund sowie eine Lösung für die Altschulden sein. Da ist ein klarer Arbeitsauftrag im Koalitionsvertrag für die neue Bundesregierung formuliert. Unser Ziel steht fest, wir wollen die Selbstständigkeit erhalten – nicht als Selbstzweck, sondern weil die Stadtstaaten zum föderalen System der Bundesrepublik dazugehören. Die Stadtstaaten sind die Interessenvertretung der Städte und Gemeinden auf der Bundesebene. Wir wollen lebenswerte, ökonomisch stabile und sozial gerechte Städte, mit Chancen und Lebensqualität – für alle Menschen, die in Bremen und Bremerhaven leben. ■

EUROPA EINE RICHTUNG GEBEN

Für eine neue europäische Politik

Von Joachim Schuster

Das Motto der SPD zur Europawahl lautet: „Europa neu denken“. Das heißt zunächst: Wir stehen zur europäischen Integration. Trotz mancher Unzulänglichkeiten ist die Einigung der europäischen Staaten in der Europäischen Union ein historischer Erfolg. Aus erbitterten Kriegsgegnern sind Verbündete geworden, die Konfrontation durch friedliche Kooperation ersetzt haben. Und die europäische Einigung hat ohne Zweifel den Wohlstand in Europa vermehrt. Populistischen Kräften auf der Rechten wie auf der Linken, die die europäische Integration insgesamt in Frage stellen und von einer Rückkehr zum Nationalstaat träumen, erteilen wir eine Absage.

Als Hafenstädte sind Bremen und Bremerhaven besonders auf gute Kooperation in der Europäischen Union angewiesen. Nationale Abschottung kann nicht in unserem Interesse liegen. Zudem sind viele Unternehmen, die die regionale Wirtschaft prägen, wie etwa Arcelor Mittal, Airbus oder zahlreiche Firmen der Lebensmittelindustrie direkt mit dem europäischen Markt verflochten. Und auch die Energiewende, die im

Land Bremen vor allem mit dem Ausbau der Offshore-Windkraft verbunden ist, kann letztlich nicht national erfolgreich sein, sondern bedarf einer europäischen Einbettung.

„Europa neu denken“ heißt aber nicht, dass alles so bleiben kann, wie es ist. Im Gegenteil: Die maßgeblich durch Bundeskanzlerin Merkel geprägte Politik der letzten Jahre hat die soziale Spaltung in Europa vertieft, sowohl in den einzelnen Staaten als auch zwischen den Staaten. Dazu nur eine Zahl: In 20 von 28 Mitgliedstaaten liegt die Jugendarbeitslosigkeit über 20 Prozent. Europa erscheint für viele inzwischen nur noch als ein Europa der Konzerne. Deren Interessen werden berücksichtigt – die der Menschen scheint zweitrangig zu sein.

Deswegen müssen wir im Wahlkampf unsere Alternativen deutlich machen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit muss im Zentrum der europäischen Politik stehen. Dazu bedarf



FOTO: MPD01605/Flickr

es keiner überzogenen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, sondern einer soliden Haushaltspolitik, die eine Begrenzung der öffentlichen Verschuldung mit einer Investitionsoffensive verbindet, um Wachstum anzuregen und die öffentliche Infrastruktur zu modernisieren. Ebenso bedarf es einer Industriepolitik, in deren Zentrum die Energiewende wie auch der ökologische Umbau der Wirtschaft stehen muss. Und es bedarf der Verankerung einer sozialen Fortschrittsklausel in der EU, damit ökonomischer Fortschritt nicht nur einigen wenigen nutzt, sondern der breiten Mehrheit der Bevölkerung zu Gute kommt.

Darum geht es bei der Europawahl am 25. Mai 2014. ■

TERMINE:

PARTEITAG UNTERBEZIRK BREMEN-STADT

**SAMSTAG,
22. MÄRZ 2014
10:00 UHR**

**BGZ Neue Vahr
Berliner Freiheit 10
28327 Bremen**

PARTEITAG UNTERBEZIRK BREMERHAVEN

**SAMSTAG,
22. MÄRZ 2014
10:00 UHR**

**Haus am Blink
Adolf-Butenandt-Str. 7
27578 Bremerhaven**

PARTEITAG UNTERBEZIRK BREMEN-NORD

**MONTAG,
24. MÄRZ 2014
19:00 UHR**

**Hotel Strandlust
Rohrstr. 11
28757 Bremen**

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Kevin Lenkeit.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
André Städler (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen